

# Pressemitteilung

Paderborn, den 01.10.2018

Nr. 35/2018

## **DStGB: Wohnungsbau ankurbeln – Ländliche Räume erschließen – Innenstädte stärken**

In vielen Städten, insbesondere der Ballungsgebiete, herrscht akuter Wohnungsmangel. Folge sind ständig steigende Preise für Mieten und Wohnungskauf. Immer mehr Bevölkerungsgruppen wie Polizisten, Krankenschwestern oder Verkäufer können sich diese Preise nicht leisten. *„Die Wohnungsfrage wird immer mehr zum sozialen Sprengstoff. Die Politik muss nach dem Wohnungsgipfel am 21. September 2018 mit Bundeskanzlerin Merkel jetzt endlich handeln. Die Devise muss lauten: Bezahlbare Wohnungen bauen, den Bestand aktivieren und die ländlichen Räume einbinden“*, erklärte der Vorsitzende des DStGB-Ausschusses für Städtebau und Umwelt, **Bürgermeister Arpad Bogya**, Isernhagen, bei der Sitzung des Ausschusses in Paderborn.

Der DStGB sieht in der im Wohngipfel mit der Bundeskanzlerin vereinbarten Stärkung des sozialen Wohnungsbaus mit einer Bundesförderung von fünf Milliarden Euro für den Zeitraum 2018 bis 2021 sowie der Einführung eines dem selbstgenutzten Eigentumserwerb dienenden zielgerichteten Baukindergelds, insbesondere für junge Familien, zwar ein richtiges Signal.

*„Um schneller und preiswerter zu bauen und die Lücke von 100.000 zu wenig gebauter Wohnungen pro Jahr zu decken, müssen die Kommunen aber zusätzlich in die Lage versetzt werden, verfügbare und preiswerte Grundstücke zu aktivieren. Hierzu sind eine bessere Reaktivierung von Brachen und ein erweitertes kommunales Vorkaufsrecht hilfreich. Wir müssen zudem kosten-treibende und überflüssige Standards abbauen und weitere Verschärfungen, zum Beispiel im Bereich der Energieeinsparverordnung, verhindern. Allein die*

Marienstraße 6  
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.225  
Telefax 030. 773 07.200

E-Mail: [dstgb@dstgb.de](mailto:dstgb@dstgb.de)  
Homepage:  
<http://www.dstgb.de>

ViSdP  
Geschäftsführendes  
Präsidialmitglied  
**Dr. Gerd Landsberg**  
Pressesprecher  
**Alexander Handschuh**

*am 01. Januar 2016 in Kraft getretene Novelle der Energieeinsparverordnung hat zu mehr Neubaukosten von bis zu 10 Prozent geführt. Das muss ein Ende haben“*, erklärte der Städtebaudezernent des DStGB, **Norbert Portz**.

Die erneut verschärfte Mietpreisbremse schafft demgegenüber keine neuen Wohnungen. Sie wird das Problem nicht lösen, sondern dieses angesichts eines Bewerberandrangs bei Neuvermietungen von z. T. 50 Personen allenfalls in Einzelfällen mindern.

Nötig ist der schnelle Bau bezahlbarer Wohnungen. Hier kann auch eine verstärkt qualitative Serienbauweise helfen. Der im Jahr 2017 eingeführte § 13 b BauGB mit der „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ muss zudem über das Jahr 2019 hinaus anwendbar bleiben. Auch die Digitalisierung der Planungs- und Bauprozesse kann Verfahren beschleunigen und Kosten reduzieren.

Alle Anstrengungen, die kurzfristig umgesetzt werden müssen, können die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten aber nicht alleine beseitigen. Wir müssen daher auch ländliche Räume, insbesondere auch strukturschwache ländliche Gebiete, in denen insgesamt mehr als zwei Millionen Wohnungen leer stehen, stärken und dort den Bestand aktivieren.

*„Das bedeutet: Nicht nur die Großstädte, sondern die großräumige Region und daher eine stärkere interkommunale Kooperation gehören in den Focus. Statt noch mehr teuren Wohnraums, endloser Pendlerströme vom Wohnort zur Arbeit und einer weiteren Luftverschmutzung in den Innenstädten der Großstädte müssen gute ÖPNV-, aber auch Schnellbahnanbindungen, eine forcierte Digitalisierung (Glasfaserausbau etc.) und eine Dezentralisierung von Arbeitsplätzen die ländlichen Räume stärken. Dies wird die Wohnungsmärkte insgesamt entspannen helfen“*, erklärten **Bogya** und **Portz**.